

Ein linkssozialdemokratischer Politiker, der aufhorchen läßt

Oskar: Flotte Sprüche, aber auch mehr ...

In diesem Punkt dürfte man sich selbst im pluralistisch-buntscheckigen Mitgliederumfeld der Partei „Die Linke“ nahezu einig sein: Mit Oskar Lafontaine besitzt die Partei einen Politiker, der durch seine Reden eine Wirkung zu erzielen weiß, wie das weder Gysis spitzzüngige Advokatenrabulistik noch Biskys eher schwerfällig-behäßige Bemühtheit um sprachlichen Erfolg vermögen. Lafontaine ist – im durchaus alten sozialdemokratischen Sinne – ein begnadeter Volksredner. Daran können auch hilflose Versuche, ihn zum „Populisten“ und damit als unglaubwürdig abzustempeln, nichts ändern.

Seine Widersacher fürchten Lafontaines Sprachgewalt. Immerhin verhinderte dessen „spontane“ Rede 1995 auf dem SPD-Parteitag die Wiederwahl des dümmlich-blasierten Parteivorsitzenden und heutigen Ober-Radfahrers Rudolf Scharping. Die Delegierten beriefen statt seiner Oskar Lafontaine an die Spitze ihrer Partei.

Wie mit großer Rede versteht sich „Oskar“ aber ebenso glänzend darauf, seine politischen Rivalen mit griffiger Kurzformulierung zu kontern. Das geschah, als er auf deren Floskel „Freiheit s t a t t Sozialismus“ schlagfertig mit dem Bonmot „Freiheit durch Sozialismus“ reagierte.

Die Kunst komprimierter politischer Aussage, die Sachverhalte mit wenigen Worten gegenüberstellt und „auf den Punkt“ bringt, gehört zu Lafontaines Spezialitäten. Wobei er nicht davor gefeit ist, daß solche Verkürzung sich bei genauerem Hinschauen als zu oberflächlich, weil undifferenziert erweist, um sie akzeptieren zu können.

Auf dem 1. Parteitag der Partei „Die Linke“ (PDL) in Cottbus benutzte Oskar Lafontaine in seiner Grundsatzrede mehrere solcher kontrastierender Wortpaare:

Sozialismus sei ohne Gleichheit und Freiheit nicht möglich. (Womit er – wie schon im Kommunistischen Manifest und gleichermaßen bei Lenin nachlesbar – uneingeschränkt recht hat). Doch davon ausgehend behauptete Lafontaine:

In der DDR gab es Gleichheit, aber keine Freiheit. In der BRD hingegen gibt es Freiheit, aber keine Gleichheit.

Solche „Bewertung“, die an dem einen wie dem anderen Staat Vorzüge wie Defizite entdeckt, scheint auf den ersten Blick „objektiv“. Sie unterscheidet sich damit positiv von den antikomunistischen Klischees, mit denen die bourgeoisen Meinungsmacher die einstige DDR als Unrechtsregime zu diskreditieren versuchen. Hinterfragt

man allerdings diese Formeln, stößt man auf etliche Fragen, die nach differenzierterer Antwort verlangen.

Was die Gleichheit angeht, trifft Lafontaines Definition in beiden Richtungen zweifellos zu. Wobei Gleichheit natürlich nicht als Gleichmacherei mißzuverstehen ist. Sie bezieht sich auf die Stellung der Individuen zu den grundlegenden Existenzmitteln, vor allem also ihrem Verhältnis zu den entscheidenden Produktionsmitteln: Nur dort, wo sich diese nicht in Privat-



Lafontaine auf einem ver.di-Kongreß

hand befinden und damit ausgeschlossen ist, daß deren Eigner die lediglich über die eigene Arbeitskraft verfügenden Nichtbesitzer zu am Profit orientierten Bedingungen „kaufen“ und somit ausbeuten können, kann von Gleichheit die Rede sein. Genau das traf für die DDR zu, in der sich die Produktionsmittel in Gemeineigentum befanden. Für die privatkapitalistische BRD gilt bekanntlich das Gegenteil.

Aber wie war das nun mit der Freiheit, die der DDR angeblich fehlte, während sie die BRD als Markenzeichen schmückt?

Zum Beweis dafür, daß Freiheit im ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden gefehlt habe, bemühen dessen Gegner gerne Rosa Luxemburg, indem sie ein – aus dem Zusammenhang gerissenes – Zitat von ihr wie eine Reliquie vor sich her tragen: Freiheit sei nur vorhanden, wenn sie vor allem Andersdenkenden eingeräumt werde. Dem zu entsprechen, war die DDR in der Tat nicht naiv genug. Und sie hatte Grund dazu: Vom ersten Tag ihrer Existenz an sah sie sich von Feinden attackiert, die verkündeten, daß sie den sozialistischen deutschen Staat zu beseitigen trachteten. „Vorkämpfer“ dieses konterrevolutionä-

ren Konzepts war die BRD, ihr Komplize dabei die „innere Opposition“ in der DDR. Daß diesen Kräften auch mit repressiven Mitteln begegnet wurde, war ebenso notwendig wie legitim. Daß es dabei hin und wieder zu überspitzten Reaktionen gegenüber kritischen, im Grunde aber ehrlich um bessere Formen beim sozialistischen Aufbau eintretenden Menschen kam, ist zu bedauern.

Zu Selbstkritik hat jedoch keineswegs bloß die DDR Anlaß. Um so mehr dafür die BRD. Denn gerade dieser ach so freiheitliche Staat züchtigte seine „Andersdenkenden“ rigoros. Zur Erinnerung: Im Juni 1951 wurde die FDJ verboten, weil deren Eintreten für eine Volksbefragung (einen durchweg demokratischen Akt) gegen die Wiederbewaffnung Adenauers Kurs auf Remilitarisierung störte. Im August 1956 folgte das Verbot der KPD, jener Partei also, die im Kampf gegen die Nazibarbarei die größten Opfer gebracht hatte. Diese Verbote waren jeweils Auftakt für bundesweite Verhaftungswellen. Der sozialdemokratische Bundeskanzler Willy Brandt ergänzte gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer das BRD-„Freiheits“instrumentarium im Januar 1972 dann mit dem

sogenannten Radikalenerlaß, der das Tor zur berüchtigten Berufsverbotspraxis öffnete: Seitdem wurden – laut westlichen Quellen – bis zu 3,5 Millionen Bundesbürger „Sicherheitsüberprüfungen“ durch den Verfassungsschutz unterzogen. Vom Briefträger und Lokführer über Lehrer bis zu Beamten wurde jeder Bewerber „durchleuchtet“ und in etwa 10 000 Fällen nicht für den öffentlichen Dienst zugelassen. Das hatte für die Betroffenen Diskriminierung, Arbeitsplatzverlust und zum Teil sogar Haft zur Folge. Mit dem 1. Strafrechtsänderungsgesetz – wegen der Eile, mit der es durch den Bundestag gepeitscht wurde, „Blitzgesetz“ genannt – verschaffte man sich zudem eine juristische Handhabe, von der damals ein Abgeordneter der an der Regierung beteiligten FDP einräumte: „Jawohl, wir schaffen in gewisser Beziehung ein Gesinnungsstrafrecht ...“ Seit 1990 wird diese infame Praxis nun im annektierten Gebiet der DDR gegen die „Anhänger des Regimes“ fortgesetzt.

Im augenfälligen Gegensatz dazu erfreut sich die neonazistische Szene in der BRD großzügiger Toleranz. Verbal werden Neonazis zwar abgelehnt. Das ist man schon

dem Ausland schuldig. Doch im politischen Alltag wird den geistigen Erben der braunen Barbarei durch Gerichtsbeschlüsse das Recht auf (von „demokratischer“ Polizei geschützte) Demonstrationen ebenso eingeräumt, wie neonazistische Parteien massive Förderung durch „ihnen zustehende“ finanzielle Mittel aus staatlichen Fonds erfahren. Für das Verbot solcher faschistoiden politischen Vereinigungen wie der (mit Verfassungsschutzagenten durchsetzten) NPD findet sich angeblich keine rechtsstaatliche Handhabe.

Zur Rechtfertigung solcher Zustände bedient man sich gern des pseudo-demokratischen Arguments, das Grundrecht auf Meinungsfreiheit habe Vorrang vor solchem Verbot. „Linken Andersdenkenden“ gegenüber räumt diese Demokratie da allerdings weitaus weniger Freiraum ein. Die werden stattdessen auf Schritt und Tritt von staatlichem Argwohn begleitet. Dabei nimmt die Perfektionierung der BRD zum „Überwachungsstaat“ immer groteskere Formen an. Was sich neben den ohnehin schon legal installierten Ausspähhmethoden als (durch Innenminister Schäuble geförderter) „Wildwuchs“ bereits etabliert hatte, erfährt nun systematisch offizielle Ergänzung. So unlängst durch ein neues Gesetz für das Bundeskriminalamt. Gemäß dem Motto „Alle sind verdächtig“, gehören künftig Online-Durchsuchungen von Personalcomputern, geheime Wohnraumüberwachung per Videokamera, Telefonabhören, Datenspeicherung und Rasterfahndung ebenso wie der verdeckte Einsatz privater „Vertrauenspersonen“ zum Arsenal der Staatsschützer. Deren Handwerk betreiben außerdem noch im Dienste solcher Konzerne wie Telekom, Deutsche Bahn u. a. stehende kommerzielle Spitzelagenturen. Mit den inzwischen verfügbaren Möglichkeiten, wie sie insbesondere der Einsatz elektronischer Mittel bietet, wird eben jetzt erst tatsächlich das möglich, was deren „demokratische Anwender“ der DDR-Staatssicherheit als Todsünde vorwerfen – die flächendeckende Observation Andersdenkender als Voraussetzung für deren repressive „Bearbeitung“.

Um schließlich noch auf „freie Wahlen“ einzugehen, die von der Demokratie bürgerlichen Zuschnitts als das „Freiheitskriterium“ überhaupt bewertet und als ihr Gütesiegel reklamiert werden. Zugegeben: Gemessen an Verfahrensregeln, nach denen solche Wahlen gewöhnlich ablaufen, zieht die DDR mit in ihr üblichen Wahlverfahren zumindest optisch den kürzeren. Über die von den im Demokratischen Block zusammenwirkenden Parteien und Massenorganisationen vereinbarte quotierte Sitzverteilung in den legislativen Gremien der DDR konnte der Wähler faktisch nur entweder zustimmend oder ablehnend befinden. Sich für oder gegen eine bestimmte Partei oder

Favoriten aus einem Kandidatenkreis entscheiden zu können, entfiel als Alternative. Dieses Verfahren wurde zunehmend als bloßes „Zettelfalten“ empfunden. Daraus resultierender Unmut entlud sich in den Montagsdemos des 89er Herbstes schließlich in lautstarker Forderung nach „freien Wahlen“.

Doch von denen, die seinerzeit so heftig danach riefen, vermeidet bei nunmehr

ste „Freiheits-Charta“ der BRD, das Grundgesetz also, erhielt niemals per Wählervotum eine demokratische Legitimation. Die einzige deutsche Verfassung, die durch geheim und frei durchgeführten Volksentscheid legitimiert war, war die der DDR von 1968. Erörtert in Tausenden öffentlichen Versammlungen, in denen zahlreiche Änderungsvorschläge unterbreitet wurden, billigten fast 94 % der Wähler den überarbeiteten Entwurf. Daß es dennoch mehr als 5 % Gegenstimmen gab, werteten selbst westliche Beobachter seinerzeit als eindeutiges Indiz dafür, daß dieser Volksentscheid allen, also auch bürgerlichen Regeln für freie und geheime Wahlen entsprochen hatte.

Alles in allem und um auf Lafontaines These vom Fehlen der Freiheit in der DDR zurückzukommen: Es ist eben ein eigen Ding mit dem, was man darunter versteht. Dort, wo man sie – wie in der DDR – mit den Möglichkeiten wie Beschränkungen von Gleichheit verbunden hatte, war sie gleichbedeutend damit, frei zu sein von Furcht vor Arbeitslosigkeit, freien Zugang zu haben zu umfassender Bildung, sicher bewahrt vor einer Wiederkehr faschistischer Gefahr, keine Angst zu haben davor, daß vom eigenen Land wieder Krieg ausgehen werde. Freiheit, wie sie die DDR bot, hieß soziale Existenzsicherheit für alle. Auch wenn manche dessen Vorzüge geringerschätzten: Dieser deutsche Staat kannte weder Kinder- noch Altersarmut, weder Suppenküchen noch Obdachlosenunterkünfte, weder Massenarbeitslosigkeit noch Lehrstellenmangel, weder Pflegenotstand noch Bildungsprivilegien

für eine elitäre Minderheit. Seine Regierung mußte keinen „Armut- und Reichtumsbericht“ veröffentlichen. Dieser Staat war nirgendwo auf der Welt an Kriegen beteiligt. All das jedoch trifft auf die BRD zu, der es so gar nicht an Freiheit mangelt, die aber eben „ihren Preis hat“.

Lafontaines Cottbuser Rede enthält gerade unter diesem Aspekt einen Denkanstoß, der aufhorchen läßt: Schon bisher bekannte dieser linkssozialdemokratische Politiker zwar, daß „die Systemfrage“ gestellt werden müsse. Mit welcher Konsequenz das nötig sei, deutete er mit dem Begriff „systemverändernd“ an. Das aber lief lediglich darauf hinaus, den Kapitalismus durch Reformen sozial abzumildern, ihn erträglicher zu machen. In Cottbus jedoch verwandte Lafontaine erstmals ein Wort, das eine neue Qualität beschreibt. Was nötig sei, um einen grundlegenden Wandel herbeizuführen, faßte er in der Formel „systemüberwindend“ zusammen. Und dazu sind Gleichheit wie Freiheit, diese Grundmerkmale von Sozialismus, unerlässlich.

Wolfgang Clausner

Unser Autor war stellvertretender „horizont“-Chefredakteur



Collage: Heinrich Ruynat

wunschgemäß „freien Wahlen“ ein erheblicher und ständig wachsender Teil inzwischen den Urnengang. Mehr noch – auf diesem Gebiet verhält sich das Wahlvolk zudem ausgesprochen „gesamtdeutsch“: Auch immer mehr Bürger der Alt-BRD ziehen mittels Stimmverweigerung ihre Konsequenz aus der Erfahrung, daß Wahlen in einer repräsentativen Demokratie nicht zu Ergebnissen führen, wie sie von konkurrierenden Bewerbern um Parlamentssitze zuvor in Aussicht gestellt wurden. Vorher versprochen – danach gebrochen, so lautet die eherne Regel. Die Bundestagswahl 2005 lieferte dafür neuerlich ein markantes Beispiel, das seitdem den Alltag jedes Bundesbürgers spürbar belastet: „Keinerlei Mehrwertsteuererhöhung mit uns!“ beschworen die SPD-Wahlkämpfer. Eine Erhöhung dieser Steuer um zwei Prozent schlossen die Christdemokraten immerhin nicht aus und demonstrierten damit „Mut zur Ehrlichkeit“. Kaum gewählt aber wurden aus den Konkurrenten Koalitionäre – und für das Volk stieg die Mehrwertquote prompt um drei Prozent. An solchen einprägsamen Lehrstücken für den Gebrauchswert „freier Wahlen“ ist kein Mangel. Nicht bloß nebenbei sei hier angemerkt: Die wichtig-

Klassik in Havanna

Ein durchaus ungewöhnliches Konzert im Teatro Amadeo Roldán

Einige Tage vor dem 13. April war in der Zeitung der KP Kubas die Ankündigung erschienen, aus Anlaß des 9. Jahrestages der Wiedereröffnung des Teatro Amadeo Roldán werde der berühmte kubanische Pianist Frank Fernández zusammen mit den in jenem Musiksaal beheimateten kubanischen Symphonikern ein Konzert geben. Spätestens am Tag des Beginns des Vorverkaufs deutete sich das erhöhte Interesse an, welches die Einwohner von Havanna dieser Veranstaltung entgegenbringen würden. Die Billets waren nach nur wenigen Stunden ausverkauft. Bis ich begriffen hatte, daß man sich dieses Konzert unter keinen Umständen entgehen lassen könne, war auf dem gewöhnlichen Weg längst keine Karte mehr zu haben. Allein, das Gewöhnliche hat in Kuba einen geringeren Stellenwert als anderswo auf der Welt. So machte ich mich nicht ohne Zuversicht an jenem Sonntagnachmittag zum Teatro Amadeo Roldán auf.

Nun ist nämlich Teatro Auditorio nicht irgendein Veranstaltungssaal. In den 20er Jahren errichtet, galt es lange als das Theater mit der besten Akustik in Havanna. In seinen Logen lümmelten sich die kubanische Bourgeoisie und die nordamerikanische Mafia herum. Aus den ersten Jahren der Revolution wird von großen Aufführungen berichtet, die allerdings nun die an die Macht gelangten kubanischen Arbeiter und Bauern erfreuten. In der mittlerweile nach Miami vertriebenen ehemals herrschenden Klasse Kubas regten sich Haßgefühle, man bezahlte einen Söldner, und vor 31 Jahren brannte das berühmte Theater durch Sabotage nieder. Es heißt, der junge Frank Fernández, schon damals ein Pianist von Rang und in jeder Hinsicht ein würdiger Vertreter der kubanischen Kultur, sei an der Seite von Feuerwehrmännern in das brennende Gebäude eingedrungen und habe Hinweise gegeben, an welchen Stellen vorrangig zu löschen sei, um die wertvollen Partiturarchive zu retten. Einige Noten konnten auf diese Weise bewahrt werden, aber das komplette Innenleben des Teatro Amadeo Roldán war verloren. Die Jahre gingen ins Land, die Sowjetunion hörte auf zu existieren, und für Kuba begannen schwere Zeiten. Inmitten der allerschwersten, als es an Treibstoff, Nahrungsmitteln, Medikamenten und erst recht an Baumaterialien mangelte, beschied die Führung der Revolution, das Spielhaus sei wieder zu errich-

ten. Am 10. April 1999 wurde es durch Fidel Castro offiziell neu eröffnet. Auch wenn Anmut und Akustik des zerstörten Theaters nicht wieder erreicht werden konnten – die kulturelle und politische Bedeutung des Amadeo Roldán für den kubanischen Sozialismus wuchs immens. Das Haus im Stadtteil Vedado gilt heute als wichtigste kulturelle Institution des Landes und als Sinnbild dafür, daß die Revolution das

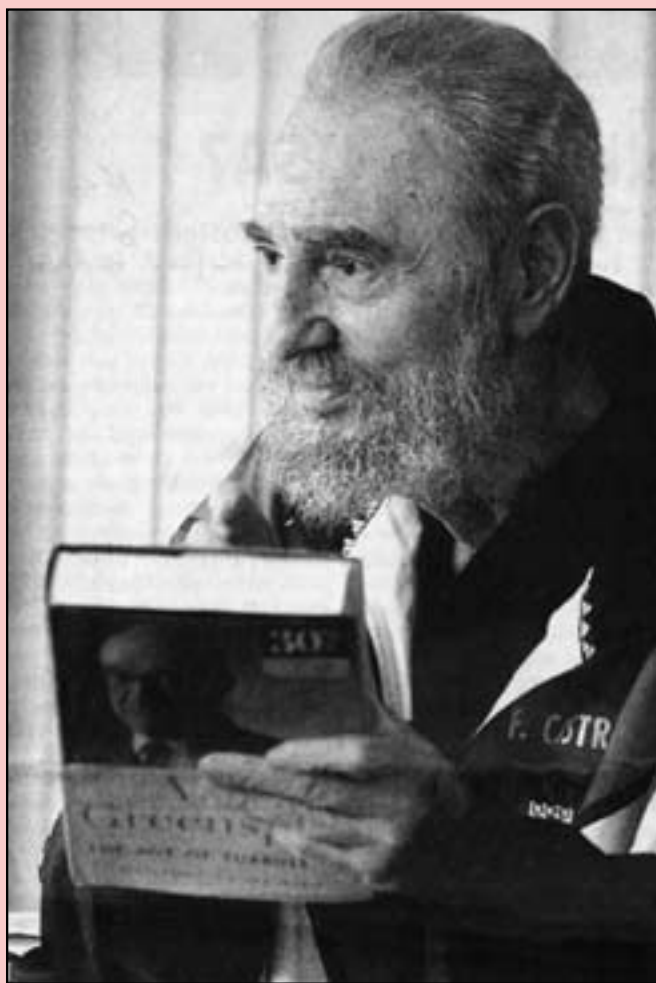
behrte nicht einer gewissen Anziehungskraft, und so hatte sich eine Stunde vor Konzertbeginn eine ansehnliche Warteschlange gebildet, welche die Treppe des Theaters hinunter über den kleinen Vorplatz verlief, die Straße Calzada kreuzte und sich auf dem Gehsteig der gegenüberliegenden Stichstraße fortsetzte.

Die Kultur des Anstehens, in anderen Gegenden der Welt ziemlich in Vergessenheit geraten, wird in Kuba auch in der Jetztzeit noch angemessen gepflegt. Man fragt routiniert nach dem letzten Wartenden, erkundigt sich sicherheitshalber nach dessen Vorhergehenden, verweilt, bis wiederum Nachkommende „markieren“ und begibt sich dann angesichts der ungewissen Verweilzeit in allerlei fachkundige Gespräche mit den Umstehenden. Eine Dame weiß zu berichten, daß vor drei oder vier Jahren bei einem Konzert eben jenes Frank Fernández kurz vor Vorstellungsbeginn die Türen geöffnet worden seien, so daß man, ohne zu bezahlen, Eintritt gefunden habe. Man ist frohgemut. Zwar sind die Einlaßgebühren für Kulturveranstaltungen in Kuba auf sozialistischem Niveau, die Einsparung also gering. Dennoch weckt die Aussicht auf einen möglichen Coup Vorfreude und Optimismus bei den Anwesenden. Wenn es nur ein wenig vorgehen würde!

Nicht ohne Unruhe sieht man geladene Gäste die Treppe zum Foyer hinaufsteigen. Man kommt indessen nicht mehr umhin zuzugeben, daß ausgerechnet an unserem, dem Seitenaufgang, absolut keine Bewegung zu erkennen ist. Vor der Tür steht ein junger Mann mit zugeknöpftem blauen Hemdkragen, offensichtlich dem Hause zugehörig. Mit gepreßter Stimme wendet er sich an die Wartenden.

Man möchte die Treppe doch bitte freigeben, sonst sei an einen späteren Einlaß nicht zu denken. Es werde die Entscheidung der Leitung des Hauses erwartet. Der Mann scheint nicht ohne Einfluß zu sein, und die Menge zieht sich, nicht ohne Murren, zurück. Wieder vergehen die Minuten, welche man ganz dem Plausch mit den Wartegenossen widmet, wobei gelegentlich argwöhnische Blicke gen Eingangsportal gerichtet werden.

Jemand erbittet Durchlaß. Der Herr mit Stirnglatze und dem zerknitterten großkarierten Hemd kommt in Begleitung von Gattin und Sohn und ist offensichtlich im Besitz von Eintrittskarten. Eine Mitar-



Immer wissen, was der Klassenfeind denkt: Castro mit einem Buch des USA-Chefökonom Alan Greenspan

Recht eines jeden Kubaners erkämpft hat, sich klassische Kultur anzueignen und sie zu genießen.

An jenem Sonntagnachmittag, auf dem Vorplatz des Theaters, wurde anschaulich, daß die Kubaner den Kampf für das Recht auf Kulturgenuß durchaus konkret und praktisch interpretieren. Der Maestro Frank Fernández selbst hatte am Morgen in einem Fernsehinterview verlauten lassen, das Theater sei dem Anlaß entsprechend großreinegemacht worden, inklusive der Aufgänge und Treppen; es sei Platz für jedermann, und es gäbe folglich keine Veranstaltung, einen einzigen Zuschauer vor der Tür zu lassen. Diese Aussage ent-

tende grüßt geistesgegenwärtig. Ob denn der *compañero* uns vielleicht dabei behilflich sein könnte, eingelassen zu werden? Der *compañero*, es handelt sich um den Vizepräsidenten des Staatsrates der Republik Kuba, entgegnet den Gruß und bedauert diplomatisch, schon auf den Treppenstufen, ihm seien leider die Hände gebunden. Die Veteranin lacht, Carlos Lage lächelt, die Umstehenden sind erheitert. Dann heißt es wieder warten.

Um kurz vor fünf scheint Bewegung am Haupteingang aufzukommen, ein Teil der Mitwartenden stürzt jenem zu, ohne jedoch Eintritt zu erhalten. Meine Nachbarin rümpft die Nase darüber, wie man sich im Vorfeld eines klassischen Konzertes so gehen lassen könne. Ein Verzweifelter unkt, es werde heute sicherlich nichts mehr mit dem freien Einlaß. Endlich schickt sich der junge Mann im blauen Hemdkragen an, Erklärungen abzugeben. Die Menge schiebt sich ihm, der im geöffneten Türflügel steht, entgegen, die Stufen hinauf. Der Inhalt seiner Mitteilung ist leider gänzlich unerfreulich. Aufgrund einer absoluten Überfüllung des Saales könne nur einmalig zwanzig Personen Einlaß gewährt werden. Zwanzig von zweihundert! Die Menge murrte und drängt zugleich, die zwanzig Glücklichen abzuzählen. Rechtfertigend hebt der Kragen die Stimme. Es seien zwölfhundert Musiker im Saal, die die Aufgänge und Treppen belegten. Es passe wirklich niemand mehr hinein.

Die Zahl ist unglaublich, schließlich faßt das Theater kaum eintausend Zuschauer. Die Menge wittert Betrug und drückt gegen den Eingang. Jemand ruft listenreich, am Hauptportal würden die Leute bereits eingelassen. Häse verrenken sich, es ist aber keine entsprechende Bewegung zu entdecken. Die Zweckklüge zeigt dennoch Erfolg, die Menge beginnt bereits, den Türsteher zu beschimpfen. Man habe nicht diese Revolution gemacht, um sich eines Tages aussperren zu lassen. Der Blauhemdige weicht zurück. Noch einmal versucht er, zum Zurücktreten aufzufordern. Nur zwei Meter bitte! Aus den Reihen der Einlaßbegehrenden entgegnet es, man hätte längst begriffen, daß ihm im Sinn stünde, bei erster Gelegenheit die freigegebenen Türflügel zu schließen. Niemals!, klingt es höhnisch. Es liegt auf der Hand, der Mann ist politisch erledigt, obgleich offensichtlich dem Hause zugehörig.

Und richtig, kurz darauf wird er zurückgezogen. Statt seiner erscheint nun in der Tür Roberto Chorens, Moderator des sonntäglichen Musikmagazins des kubanischen Fernsehens. Während er sich mit beiden Armen zwischen die Pfosten klemmt, redet er mit Zwisch auf die ungeduldig Vordrängenden ein. Was alles zu seinem Arbeitsgebiet gehöre, flachst man ihm zu. Die Gesichtsfarbe des Musikwissenschaftlers zeugt von der körperlichen Anstrengung des Pförtners. Wieder ist ein Dutzend Personen abzuzählen. Die Verbliebenen drücken und drängen. Eine Stimme ruft, es seien Kinder unter den Wartenden. Der prominente Türsteher schlägt vor, die

Kleinen passieren zu lassen. Zwei Knirpse stapfen durch ein sich für einen kurzen Moment auftuendes Spalier und jubilieren, als sie die Schwelle überschreiten. Erneut wird für zwanzig Personen Einlaß gegeben, und es ist unübersehbar, daß die Menge triumphieren wird.

Der Theatersaal ist längst vollbesetzt, und auch die Gänge füllen sich mit Kubanern aller Altersklassen. Auf dem Balkon sieht man neben Carlos Lage auch den kuba-



Kuba und Kanada sind die Staaten mit der niedrigsten Kindersterblichkeit auf dem amerikanischen Kontinent

nischen Parlamentspräsidenten Ricardo Alarcón und weitere Revolutionsführer. Tatsächlich haben sich neben den Zuschauererreich auf dem Oberrang Bläser aufgebaut, auf der Bühne warten die Nationalen Symphoniker Kubas.

Der Saal ist von Unruhe erfüllt. Das Klappern der Fächer erfüllt die Luft mit einem Schwirren, denn längst hat sich die Klimaanlage der Masse an Leibern geschlagen gegeben. Wer in letzter Minute den Einlaß erkämpft hat, macht sich im Stehen und mit eifriger Geschwätzigkeit Luft. Der Dirigent der Symphoniker, Enrique Pérez, betritt die Bühne. Kurz brandet Applaus auf. Der überfüllte Saal kommt mit Mühe zur Stille, und in diese hinein intonieren Bläser die Akkorde der Marseillaise. Pérez reißt Taktstock und Augenbrauen in die Höhe, wippt auf den Zehenspitzen, wirft sich dem Einstieg der Bläser auf dem Balkon entgegen, stimmt mit kehligem Summen in die Melodie ein, treibt das Orchester dem vertonten Triumph des russischen Heeres entgegen. Der letzte Anschlag des großen Finales von Tschairowskis Overtüre „1812“ ist noch nicht verklungen, schon steht applaudierend der gesamte Saal, in den Gängen, auf den Treppen, auf den Stühlen. Bravorufe hallen durch das Auditorium, noch und noch einmal werden die Musiker aufgefordert, sich zu erheben. Als er nach dem dritten Vorhang von der Bühne geht, erzählt das erschöpfte Gesicht des Meisters Pérez von Passion und von den Grenzen des menschlichen Körpers, diese in sich zu halten.

In der Pause wird ein Piano herangerollt. Die Symphoniker nehmen wieder ihre Plätze ein. Fast alle sind nach der Revolution, die meisten zweifelsfrei erst nach dem Zeitpunkt des Anschlags auf das Theater am 30. Juni 1977 geboren. Ruhig blicken sie in den überfüllten Saal, und man meint in ihren Gesichtern die Züge der aufständischen Mambizen, der gallizischen Einwanderer, der afrikanischen Sklaven, der chinesischen Armutsflüchtlinge zu erkennen. Jene Sprößlinge der jüngsten Generation des kubanischen Volkes, die erste, die in Freiheit von kolonialer Abhängigkeit und kapitalistischer Ausbeutung aufgewachsen ist, halten ihre feinen Musikinstrumente in aller Gelassenheit und erwarten den kubanischen Maestro des Pianos.

Endlich betritt Frank Fernández unter brausem Applaus die Bühne. Sein Debüt hatte der in Holguín Geborene seinerzeit im alten Teatro Amadeo Roldán gegeben. Wie damals spielt er das Klavierkonzert Nr. 1 b-Moll von Tschairowski. Zur Begeisterung des Publikums folgen kubanische Melodien aus der Feder des Pianisten von Weltrang. Im Parkett lauscht man den bekannten Klängen mit geschlossenen Augen und genießerisch in den Nacken geworfenem Kopf.

Zwischen der zweiten und der dritten Zugabe ergreift Fernández Mikrophon und Wort. Er erinnert an die Anstrengungen, die unternommen wurden, um das Teatro Amadeo Roldán wiederherzustellen, an den politischen Willen, der das Projekt bis zur Verwirklichung getragen habe. Er habe beschlossen, diese Musik mit einer Widmung zu versehen, und er sei sich sicher, daß er damit auf große Zustimmung bei den Anwesenden trafe. Dieses Konzert solle dem Mann gehören, welcher das Spielhaus gerettet und in dessen Anwesenheit es vor neun Jahren wiedereröffnet worden sei. Im Zuschauerraum kehrt für einen Moment eine feierliche Spannung ein, und bevor der Name ausgesprochen wird, ist er bereits von tausend Köpfen gedacht: Fidel. Und wieder ist der letzte Ton noch nicht verhallt, schon springt die Menge auf, applaudiert, applaudiert endlos, und meine Nachbarin flüstert deutlich hörbar in den Beifall hinein: Unser Comandante, abwesend und doch immer zugegen. Schließlich ebbt der Beifall ab, die Menge setzt sich, die zuletzt Eingelassenen bleiben auf den Gängen stehen. Als es ruhig wird, spielt Frank Fernández eine weitere Zugabe, und das Volk lauscht; lauscht auf eine Weise, in der man nur einer Musik zuzuhören vermag, welche nicht abonniert ist, sondern erkämpft wurde.

Tobias Kriele, Mainz

Unser Autor studiert in Kuba und bereitet gegenwärtig seine Promotion über philosophische Arbeiten von Prof. Hans Heinz Holz vor.